Hammer oder Plastiklöffel?

Vom Anachronismus des antideutschen Antifaschismus.

Die AG „No Tears for Krauts" hat im Juni diesen Jahres einen Text über den ‚Antifa Ost' Prozess und die linken Gegenproteste unter dem Titel „Wir sind nicht Lina"[1] veröffentlicht. Solidarität mit der von einer politisch instrumentalisierten und übertriebenen Strafverfolgung betroffenen Gruppe um Lina E. einzufordern, ist richtig. Ebenso die Einschätzung, dass jene Solidarität auch ohne eine Identifikation mit den mutmaßlichen Taten dieser Gruppe auskommen sollte.
Auf weniger Zustimmung stießen bei uns die in dem Text angebrachten Begründungen. Der Versuch, unsere Kritik in einem öffentlichen Brief zur Diskussion zu stellen, erwies sich als nicht ausreichend. Zu groß sind unsere Differenzen mit dem Stand antideutscher Kritik, als dass sie entlang einer Kritik des besagten Textes dargestellt werden könnten. Der folgende Text richtet sich darum nicht in erster Linie an unserer Genossen aus Halle, sondern darüber hinaus an die Restbestände der Antideutschen. Deshalb bleibt das Resultat fragmentiert. Wir hoffen dennoch, damit eine Diskussion anzustoßen.

Selbstjustiz der ‚Hammerbande'

Die Rede davon, dass der Antifaschismus seit der Regierung um Schröder staatstragend geworden sei und die Antifa in eine Sinnkrise gestürzt habe, ist, wenn überhaupt, nur die halbe Wahrheit. Zwar ist es kaum zu übersehen, dass sich ein großer Teil der politischen und medialen Elite hierzulande um eine Agitation „gegen Rechts" bemüht, doch wird der deutsche Staat dadurch weder zu einer ‚Staats-Antifa', noch der Antifaschismus zum Träger der staatlichen Ordnung. Allein ein Blick auf die Oberfläche der parteipolitischen Debatten genügt, um andere Tendenzen wahrzunehmen: Die Farce eines Prozesses gegen die Gruppe um Lina E. war die Inszenierung einer Staatsgewalt, die sich von rechter Seite nicht mehr vorwerfen lassen wollte, auf dem linken Auge blind zu sein. Ebenso wie diese ist auch die Strafverfolgung gegen die „Letzte Generation" mit einem antifaschistischen Aktionismus des Staates nicht zu erklären.
Die vor etwa 15 Jahren geführte Debatte über den „revolutionären Antifaschismus" hat das Dilemma der radikalen Linken offenbart: Der linke Antifaschismus ist aus sich heraus nicht revolutionär. Aber nicht in erster Linie darum, weil sich Teile der politischen Elite seiner Phrasen bedienen, sondern weil aus der bloßen Gegnerschaft zu Neonazis nicht automatisch ein antagonistisches Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft erwächst.[2] Diese Erkenntnis blieb jedoch bislang weitestgehend folgenlos. Grund dafür mag sein, dass der linke Antifaschismus die mangelnde Reichweite seiner Kritik durch die Unversöhnlichkeit seines in ihm enthaltenen Gegensatzes wett macht. In jedem Fall eignet er sich bis heute für zahlreiche Linksradikale zur weltanschaulichen Rechtfertigung ihrer Krawallbedürfnisse.

Trotzdem zeigt die bundesweite Statistik „linksextremer Gewalttaten" seit sechs Jahren einen Rückgang um 40%. Von einer zunehmenden „Brutalisierung und Verrohung" kann also ernsthaft kaum gesprochen werden. Das Urteil reitet auf einer medialen Empörungswelle mit, die in jedem

1 AG„No Tears for Krauts": nokrauts.org.
2 Vgl. Leipziger Antifa (LeA) 2009: Nie wieder revolutionärer Antifaschismus!, Audiomitschnitt: https://archive.org/details/lea-vortrag-090703.

öffentlich mitverfolgten Kriminalfall sofort eine ‚neue Qualität‘ der Gewalt zu entdecken glaubt und darum die mutmaßlichen Taten der sogenannten Gruppe um Lina E. zu einem noch nie dagewesenen Skandal aufbauscht, der er einfach nicht ist.
Unter dem Strich wird die Kritik der Hallenser Antideutschen weder der Gruppe um Lina E., noch den linken Protesten gegen das Verfahren gerecht. In der Gewalt der ‚Hammerbande‘ gegen die Eisenacher Neonazis keinen „antifaschistischen Selbstschutz‟ zu sehen, ist naiv. Derzeit ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen diese Neonazis und wirft ihnen Tötungsabsichten vor. Die Gruppe mit dem Namen „Knockout 51‟ versucht seit Jahren mit brutalen Mitteln ihren ‚Nazi-Kiez‘ einzurichten und blieb dabei lange Zeit von der Justiz, d.h. von der ‚Staats-Antifa‘, unbehelligt.
Die Gruppe um Lina E. ist nicht die RAF und ihr als „Terror und Gewalt‟ bezeichnetes Handeln richtet sich nicht gegen den Staat, sondern ist Folge seiner Abwesenheit. Die Empörung, mit der die Brutalität dieser Gruppe in dem Text als mafiöse Verbrechergang darstellt wird, verkennt, dass die antifaschistische Selbstjustiz die außerstaatliche Gewalt in Eisenach nicht erst entfesselt hat – sie war schon dort. Wie so oft schritten die Ermittlungsbehörden gegen die Neonazis erst ein, nachdem dieser Fall mediale Aufmerksamkeit bekam.
Angesichts dessen ist es perfide, ausgerechnet den Antifa-Schlägern aus Leipzig eine „fassungslos machende Verrohung‟ zu attestieren, während die Thüringer Kleinstadt unter den Augen der Justiz jahrelang von Neonazi-Kampfsportlern terrorisiert wurde. Der Einsatz von Hämmern gegen die Sprunggelenke jener Kampfsportler löst auch bei uns Unverständnis aus. Aber deswegen einen derartigen Appell zu halten, finden wir fragwürdig, weil sich die „Kritik der Gewalt‟ darin nur gegen die Antifa-Schläger richtet und die Qualität ihrer Gewalt im gesellschaftlichen Maßstab überbewertet wird.
Eine „fassungslos machende Verrohung‟ ist auch dem Polizeieinsatz zum sogenannten ‚Tag X‘ in Leipzig zu attestieren. Eine Menschenmenge von über 1000 Personen, darunter Minderjährige und Unbeteiligte, ohne Bereitstellung von Toiletten, Wasser, Decken und Verpflegung über 10 Stunden so eng einzukesseln, dass für die Meisten nicht mal die Möglichkeit bestand, sich hinzusetzen, während die Menge in ihren mittlerweile schwimmenden Ausscheidungen stehen musste: Ist das die rechtlich-zivilisierte Gewalt des Staates, die dem militanten Antifaschismus gegenübersteht? Die zahlreichen von Polizisten verübten Gewalttätigkeiten, die mehrfach und grundlos einzelnen Eingekesselten ins Gesicht schlugen, werden wahrscheinlich folgenlos bleiben und wie fast alle Strafanzeigen gegen gewalttätige Polizeibeamte eingestellt werden.

Aushöhlung des Rechtsstaates

Dass die antifaschistische Linke ein Problem mit rechtsstaatlichen Verfahrensweisen hat, wie die AG „No Tears for Krauts‟ urteilt, ist richtig. Wer sich ins Fäustchen lachte, wenn es die Corona-Truther während der Pandemie mit Demonstrationsverboten zu tun bekamen, der braucht sich nicht wundern, wenn auch die eigene Truppe bald mit solchen Repressalien überzogen wird. Insofern teilen wir die Forderung, dass der Rechtsstaat unter den gegenwärtigen Bedingungen sowohl vor seiner Suspendierung als auch seiner Aushöhlung zu schützen ist. Unklar bleibt nur, woran dies im Einzelfall überhaupt festzumachen ist. Denn so wenig wie in diesem Land der Antifaschismus regiert, so wenig regiert in Rechtsstaaten das Recht.
Sowohl der Prozess gegen die Gruppe um Lina E., als auch die Demonstrationsverbote am „Tag X‟ haben rechtsstaatliche Verfahrensweisen weitestgehend eingehalten. In beiden Fällen wurde die

Arbeit der Behörden richterlich bestätigt. Der Skandal ist nicht die Übergehung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen, sondern die legale Auslegung bestehender Gesetze.
Noch gravierender trifft dies auf die staatlichen Maßnahmen während der Corona-Pandemie zu: Am 27. März 2020 verabschiedete der deutsche Bundestag das „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" und stellte fest, dass diese eingetreten sei. Damit wurde der Bundesregierung eine „Verordnungsermächtigung" erteilt, um den Gesetzgebungsprozess zu umgehen. Das Gesetz war so perfide formuliert, dass zur Feststellung dieser epidemischer Lage keine greifbaren Kriterien angegeben wurden. Ihr Inkrafttreten benötigte nur die Feststellung durch eine Bundestagsmehrheit. Diesen Mangel beanstandete mehrfach und erfolglos der wissenschaftliche Dienst des Bundestages, der damit auch eine richterliche Überprüfung dieser Vorgehensweise durch das Bundesverfassungsgericht im Blick hatte, die auf Grund des Fehlens objektiver Kriterien nicht erfolgte. Rechtlich betrachtet fand hier keine Auflösung der Rechtsordnung statt – beträchtliche Folgen hatte dieses Gesetz trotzdem.
Die Rechtsordnung enthält in sich selbst die Möglichkeit ihrer Aushöhlung und Auflösung – und das nicht erst während eines Staatsnotstandes. Das Recht ist keine Maschine, deren reibungsloses Funktionieren durch Ingenieure der Rechtsordnung sichergestellt wird. Der Staat *ist* keine Rechtsordnung, er *hat* eine Rechtsordnung. Als solche ist sie ohne ihn nicht zu denken. Wer die Rechtsordnung verteidigt, der verteidigt die Staatsordnung, ist also staatstragend. Wir sind uns nicht sicher, ob sich unsere Genossen aus Halle dessen bewusst sind, wenn sie den linken Antifaschisten vorwerfen, „staatstragend" zu sein, sich im gleichen Atemzug aber als Verteidiger des Rechts, d.h. zu Rechtsträgern erklären.
„Selbstverständlich", heißt es in ihrem Text, „geben wir uns nicht der Illusion hin, dass das bürgerliche Recht ein Gottesgeschenk an die Menschheit oder Ausdruck des Paradieses auf Erden ist. Es dient selbstverständlich dem Zweck, die Besitzverhältnisse aufrechtzuerhalten".
Die *Eigentumsverhältnisse*, die sie meinen, das Privateigentum an Produktionsmitteln, wird allgemein-rechtlich durch die staatliche Gewalt garantiert und gilt ebenso für jene, die keine Produktionsmittel besitzen. Als „Gottesgeschenk" kann die bürgerliche Rechtsordnung nur von jenen angesehen werden, die keinen Begriff vom Staat haben. Teile der Antideutschen haben sich durch die Kombination aus Rechtsverteidigung und dem Abschied von der Kritik der politischen Ökonomie zielsicher dem rechten Libertarismus angenähert. Die rechte ‚Utopie' „denkt die Ökonomie als das an sich selbst neutrale Mittel der Bedarfsdeckung" und „träumt die Gesellschaft ohne Staat"[3]. Ohne Staat zwar, aber mit einer funktionstüchtigen Rechtsordnung. Die Rechtsform bürgerlicher Herrschaft beseitigt nicht ihren Herrschaftscharakter. So sympathisch uns die Rede vom Schutz der „Prinzipien des Rechtsstaats" vor seiner Aushöhlung ist, eine solche verschiebt nicht die Geltung des Rechts zu Gunsten der des Staates. Das Recht ist durch sich selbst bereits ausgehöhlt, denn es übergibt seine Auslegung der Staatsgewalt. Wer den Staat vom Recht abtrennen will, mündet in einer Verdinglichung der Rechtsordnung, im Rechtspositivismus. Deswegen darf die Kritik von Staat und Recht nicht auseinanderfallen. Auch in diesem Fall haben die Antideutschen der Depotenzierung der Staatskritik Vorschub geleistet.
Die Verteidigung der Rechtsform taucht inflationär in fast jedem ihrer Texte auf. Dagegen hat der Staat und seine Repräsentanten einen ausgesprochen schlechten Ruf. Die letzte Spaltung der Szene entzündete sich folgerichtig im Zuge eines Ausnahmezustandes, dessen Verständnis unüberbrückbare Probleme bereitete. Die Apologie des Rechts gerät mit der entgegengesetzten

3 Joachim Bruhn: Abschaffung des Staates: Thesen zum Verhältnis von marxistischer und anarchistischer Staatskritik.

(libertären) Gegnerschaft zum Staat dann in einen theoretischen Konflikt, wenn ihre praktische Ununterscheidbarkeit in Form von Maßnahmen und Verordnungen hervortritt. Der Ausnahmezustand beseitigt augenblicklich den Schein, dass die staatliche Gewalt von der ‚normalen' Rechtsordnung getrennt sei und entblößt die einseitige Apologie des Rechts als Ideologie. Das Recht ist das „Urphänomen irrationaler Rationalität" (Adorno) und seine Kritik ist auch in heutigen Zeiten unerlässlich, um nicht bei jedem Ausnahmezustand theoretisch entwaffnet zu sein.

Der utopische Überschuss der Rechtsform, die „unter den gegenwärtigen Umständen nicht umsetzbare Vorstellung einer Versöhnung von Freiheit und Gleichheit" (AG „No Tears for Krauts"), ist nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite konserviert das Fortbestehen der Rechtsform auch die Möglichkeit einer Suspendierung der bürgerlichen Freiheit.

Gegenüber einer verdinglichenden Apologie der Rechtsordnung ist der „Staat samt seiner Polizei" dann lieber als die „größere Gang" anzusehen. Die Gewaltanwendung des Staates ist nicht Mittel zur Durchsetzung seines Rechts, sondern dessen Manifestation (Benjamin). Den Zusammenhang von Recht und Gewalt muss verdrängen, wer den Zusammenhang von Recht und Staat nicht wahrhaben will. Deshalb steht die Kritik der Gewalt auf der falschen Seite, wenn sie auf der Seite des Rechts steht.

Der „staatstragende" Antifaschismus

Der Staat ist aber nicht nur Gewalt, sondern ein praktisch-unkritisches Verhältnis seiner Bürger, die ihr Bekenntnis zu ihm im Glauben an seine Gemeinwohlorientierung ablegen. Seine Funktionalität muss sich aber an den ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen beweisen, indem mit entsprechenden Regulationen die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sich verändernder kapitalistischer Produktion gesellschaftlich-allgemeingültig angepasst werden. Unter diesen Vorzeichen befinden sich die Organe des Staates in einer andauernden Krise – dies um so mehr, da die Grenzen der gelenkten Volkswirtschaft sichtbarer werden. Der Gegensatz von Regulierungs- und Deregulierungsinteressen verschärft sich zudem unter den Bedingungen der Digitalisierung.

Angesichts der drohenden Dysfunktionalität wächst nicht nur der Reform- und Subventionsdruck seiner Einrichtungen – mit dem auch eine Unsicherheit in Bezug auf's Gelingen gegeben ist - sondern ebenso der Legitimationsdruck jener Umwälzungen. Dieser Druck war angesichts der Proteste gegen die sog. Hartz-IV-Reformen unter der Regierung Schröder alles andere als gering. Ebenso hat der Ausstieg aus der Atomenergie, der kommende aus der deutschen Kohleförderung und die sogenannte EU-Schuldenkrise das Vertrauen der Deutschen in eine prosperierende Zukunft ihrer Nation beschädigt.[4] Das Schengener Abkommen, durch das (sehr zu Gunsten der deutschen Exportindustrie) Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen ohne Weiteres die europäischen Binnengrenzen passieren können, verwandelte sich angesichts der großen Flüchtlingsbewegungen von 2015 von einem Abkommen der Handelsfähigkeit in eines der Handlungsunfähigkeit – die Proteste blieben auch hier nicht aus.[5] Angesichts des demographischen Wandels und des

4 Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag des RND vom September 2023 glauben „weniger als ein Fünftel [...], dass die persönliche Lage in zehn Jahren besser sein wird als heute". RedaktionsNetzwerk Deutschland.

5 Erst ab dem Zeitpunkt als die großen Flüchtlingsbewegungen die Balkan-Route passierten und auf die Grenzen der östlichen EU-Staaten (Griechenland einmal ausgenommen) trafen, wurde die Flüchtlingskrise auch zu einem deutschen Problem. Mehrere osteuropäische Staaten drohten mit einer Wiedereinführung umfassender

Arbeitskräftemangels in Teilen der deutschen Volkswirtschaft dauerte es nicht lang, bis sich prominente Stimmen für mehr Einwanderung aussprachen, um das geringe Bevölkerungswachstum zu kompensieren. In den politischen Diskussionen über Einwanderungspolitik, Braindrain und dem Grundrecht auf Asyl boten die Phrasen von Weltoffenheit, Vielfalt und Verantwortung die moralische Legitimation jener Umwälzungen, sie waren aber nicht deren Ursache.[6]

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist von weiteren Entwicklungen in Frage gestellt. Exporte innerhalb des Euroraums waren durch das schwache Steigen der Reallöhne in Deutschland lange Zeit ein Erfolgsmodell, doch spätestens seit dem Aufstieg Chinas stehen deutsche Exportwaren unter dem Druck der Konkurrenz aus Fernost. Die deutsche Solarzellen-Industrie brach gegenüber den Produkten der chinesischen Konkurrenz, die mit Milliarden-Investitionen und Technologieraub aus dem Boden gestampft wurden, unter einer massiven Schutzzollpolitik der EU und deutschen Subventionen auseinander – Zehntausende verloren ihren Arbeitsplatz. Weder im Bereich der künstlichen Intelligenz, noch bei der Produktion von Smartphones, Mikrochips oder der Digital-Industrie können deutsche oder europäische Konzerne auf dem Weltmarkt mithalten. Deutsche Kernindustrien gehörten zu den Verlierern der weltweiten Maßnahmen gegen das Corona-Virus. Lieferkettenprobleme, Absatzeinbrüche und staatliche Rettungsprogramme verdeutlichen, dass die deutsche Volkswirtschaft den Anschluss verliert.

Der Zugang zu billigem, russischem Erdgas, auf den die Regierungen bis Scholz gesetzt hatten, ging im Zuge des russischen Überfalls auf die Ukraine verloren. Der deutsche Chemiekonzern BASF, auf billiges Erdgas angewiesen, hat angekündigt, Teile seiner Produktion auszulagern und auf innerdeutsche Investitionen vorerst zu verzichten. Während der Konzern hierzulande Stellenstreichungen ankündigte, investiert er mit einem Umfang von 10 Mrd. Euro in den Produktionsausbau in China. Diesen Trend unterstreicht auch die Firmenpolitik der Volkswagen AG. Seit Jahren verkauft der Konzern den größten Teil seiner Fahrzeuge nach China. Das deutsche Handelsvolumen mit der Volksrepublik übersteigt dasjenige aller anderen EU-Länder – zusammengenommen.

Ebenso wie die auf das billige Erdgas schielende russlandfreundliche Politik stehen in Zukunft die deutsch-chinesischen Beziehungen der Westbindung Deutschlands im Wege. Zwar gibt es derzeit einen Trend zu sinkendem Kapital- und Warenexport aus Deutschland nach China, aber die Verzahnungen mit der chinesischen Wirtschaft bleiben vorerst weitreichend. Im Falle eines chinesischen Angriffs auf Taiwan würde diese Abhängigkeit eine Entscheidung für umfangreiche

---

Grenzkontrollen und damit einer zeitweiligen Aussetzung des Schengener Abkommens. Die Bundesregierung unter Merkel wollte dessen Aussetzung angesichts der danach zu erwartenden enormen Einbußen für den deutschen Exporthandel unbedingt vermeiden. Die Lösung war ein Deal mit den osteuropäischen Staaten, die den Schengen-Raum offen hielten und im Gegenzug sämtliche eintreffende Flüchtlinge direkt nach Deutschland weiterleiteten, wo sie großteils ohne Registrierung ins Land gelassen wurden. Anfangs haben die politischen Entscheidungsträger in Deutschland diesen Umstand mehr oder weniger klar ausgesprochen. Erst kurze Zeit später wurde die moralisierende Erzählung in Umlauf gesetzt und unendlich oft wiederholt, die deutsche Regierung hätte die Flüchtlinge in einem selbstlosen Akt der Humanität und in vollem Bewusstsein seiner historischen Verantwortung gegenüber der Menschheit ins Land gelassen.

6 Derzeit sind in Deutschland etwa 770.000 Arbeitsstellen unbesetzt, von denen ca. 540.000 auf den sogenannten „Fachkräftemangel" zurückzuführen sind, d.h. auf einen Mangel an qualifizierten Arbeitslosen. Angesichts des demographischen Wandels und dem eintretenden Rentenalter der Babyboomer-Generation wird sich dieses Problem in Zukunft noch verschärfen. Das „Institut der deutschen Wirtschaft" rechnet darum mit einem jährlichen Bedarf an qualifizierter Zuwanderung von 400.000 Menschen. Demgegenüber ist Deutschland bei hochqualifizierten Arbeitskräften im internationalen Vergleich kein beliebtes Einwanderungsland, wodurch der hohe Bedarf kaum gedeckt werden könnte. In der Folge zeichnet sich schon jetzt ein Investitionsmangel in hochproduktiven Branchen ab, der den deutschen Wirtschaftsstandort insgesamt gefährdet.

Sanktionen gegen China bremsen, oder sogar verhindern. Außenpolitische Konflikte mit den USA wären in diesem Falle vorprogrammiert. Die Geschichte von Belastungen der transatlantischen Beziehungen durch die deutsche Zusammenarbeit mit den autoritären Regimen des Ostens setzt sich damit fort.

Die gegenwärtige Krise der deutschen Volkswirtschaft, deren deutlichste Anzeichen die hohe Inflation, die jährliche Nettokapitalabwanderung von ca. 135 Mrd. € und die prognostizierte Rezension in diesem Jahr sind, verheißen eine weitere Zuspitzung des Interessengegensatzes der deutschen Kapitalfraktionen und mit ihnen der Bedürfnisse gegenüber der deutschen Innen- und Außenpolitik. Diese Gleichzeitigkeit der gegensätzlichen Interessenlagen drückt sich auch auf der politischen Bühne aus.

Nicht alle Branchen profitieren von Einwanderung, konkurrenzfähige Unternehmen fordern Freihandelsverträge ohne Schutzzollpolitik und Subventionen, andere fordern gerade diese ein. Der Zugriff auf ausländische Ressourcen betrifft nicht alle Kapitalfraktionen in gleichem Maße und die Erschließung neuer Absatzmärkte spielt nur manchen Unternehmen in die Hände usw.

Die Profitabilität des nationalen Kapitals ist für den Staat ureigenes Interesse – jene garantiert steigende Steuereinnahmen, die seine Handlungsfähigkeit erhalten. Die transnationale Aktivität internationaler Großkonzerne und die Entwicklung des Weltmarktes zwingt die staatliche Politik internationale Abkommen einzugehen. Das Interesse des nationalen Kapitals verschwindet darin aber ebenso wenig wie das nationale Interesse jener Staaten, die diese Abkommen eingehen. Die Durchsetzung deutscher Interessen innerhalb der Europäische Union ist hierfür ein passendes Beispiel.

Ebenso wenig wie in der Außenpolitik kann das nationale Kapital auf staatliche Eingriffe nach innen verzichten. Das keynesianische Modell der Leitzinspolitik hat den Staat nach innen angesichts zahlreicher Krisen zum partiellen Lenker der Produktion werden lassen. Das gemischte Wirtschaftssystem hat im Westen die Interessen der Kapitalfraktionen an die staatliche Politik gebunden. Umgekehrt ist das auf kurzfristigen Profit zielende Einzelkapital darauf angewiesen, dass der Staat gegen seine besonderen Interessen die langfristigen Bedingungen für eine erfolgreiche Kapitalakkumulation im nationalen Rahmen sicherstellt.[7] Der Meinungskampf zwischen den Parteien hat einen ökonomischen Hintergrund und könnte angesichts der gegenwärtigen Krise eskalieren. Der Interessengegensatz nationaler Kapitalfraktionen kann eingehegt, aber nie still gestellt werden.

Der Staat erscheint zwar als Sachwalter des Allgemeininteresses, aber der Kampf der Parteien um die Regierungsgewalt zielt auf die Durchsetzung der ökonomischen Interessen und der Lebenswelt ihrer Wählerbasis. Dessen Profiteure sind daher nicht nur die Lobbyverbände der jeweiligen Kapitalfraktionen, sondern bis zu einem gewissen Grad auch ihre Lohnarbeiterschaft. Ebenso wie der „soziale Gehalt der bürgerlichen Legalität, die Ausbeutung“[8] einer Geschichte unterliegt, so auch ihr politischer Gehalt, die staatliche Legitimität.

---

7 Die Maßnahmen zur Förderung sogenannter erneuerbarer Energien fallen in diesen Bereich. Der im Vergleich noch immer hohe Industrie-Anteil der deutschen Wirtschaft, der hohe und stark steigende Energieverbrauch u.a. der Chemie- und Schwerindustrie steht langfristig im Konflikt mit dem deutschen Wirtschaftsstandort, der über so gut wie keine fossilen Brennstoffe verfügt und damit auf deren kostenaufwendigen Import angewiesen ist. Eine Verengung der Kritik auf die klimapolitischen Begründungen dieser Maßnahmen greift zu kurz weil sie darin die Ideologie der nationalen Klima-Rettung für bare Münze nimmt, d.h. sie psychologisiert.

8 Joachim Bruhn: Abschaffung des Staates: Thesen zum Verhältnis von marxistischer und anarchistischer Staatskritik.

Die ‚Despotie der Fabrik', der autoritäre, ausbeuterische Gehalt bürgerlicher Freiheitsrechte, verliert spätestens ab dem Zeitpunkt seine politische Lebensrealität, wenn der Anteil der hochproduktiven Industriearbeiterschaft unter ein gewisses Maß absinkt. Der studierte ‚Angestellte' erlebt seine Ausbeutung nicht zwangsläufig in ebenso despotischer Weise, wie der ungelernte Fabrikarbeiter. Sobald der Bildungsgrad und ‚soziale Kompetenzen' zur Produktivkraft werden, verdinglichen sich alle Persönlichkeitsmerkmale des Menschen und nehmen Warenform an. Auch das Arbeitsklima wird dann für den Ausbeutungsgrad entscheidend. Empowerment und Antidiskriminierung, Teambuilding und Konfliktmanagement sind die modernen Dampfmaschinen von Teilen der Angestelltenschicht, deren Arbeitsantrieb weniger von außen, als von innen her zu kommen hat. Das bedeutet nicht, dass deren Arbeitstätigkeit weniger stumpfsinnig ist und nicht durch den Einsatz sogenannter künstlicher Intelligenz ersetzt werden kann, wie der Fabrikarbeiter durch den Einsatz von Maschinen und Robotern. Dennoch nimmt die Projektion ihrer Ausbeutung ins Politische eine andere Form an. Das digitalisierte und weltoffene Arbeitsklima hat über sich nicht mehr den Fabrikboss, sondern den Teamleiter per Du. Der als angenehm empfundene Politiker-Typ jener Schicht ist darum nicht mehr die selbstverliebte Autorität, sondern der vertrauensvolle Sozialarbeitertyp. So gesehen ist der produktivste Teil jener Angestelltenschicht achtsam und aufgewacht, sowohl sich selbst, als auch gegenüber seiner Umwelt, *woke* eben. Die Mitbürger werden als Teamkollegen einer Gesellschaft vorgestellt, die ihr Potential nicht durch persönliche Konkurrenz, sondern durch harmonisches Miteinander ausschöpfen sollen. Darin wird nicht die Konkurrenz still gestellt, sondern all jene außer-ökonomische Hierarchien, die eine effektive Konkurrenz verhindern.

Die legitime Politik ihres Staates ist darum eine, die gegen Rechts agitiert, antichauvinistisch ist und sich gegen Diskriminierung jedweder Art einsetzt. Der ökonomische Inhalt dieser politischen Ideologie ist die Stärkung des Wirtschaftsstandortes, der auf den Weltmarkt, auf Zuwanderung und ausländische Investitionen, d.h. auf den produktiven Einsatz von Humankapital angewiesenen Kapitalfraktion und ihrer Angestelltenschicht. Die Ausrichtung der Wirtschafts- und Einwanderungspolitik spekuliert auf den Erfolg jener Kapitalfraktionen, die von ihr profitieren. Mit ihnen im Konflikt sind all jene, die meinen, davon nicht zu profitieren und vom global agierenden Kapital abgehängt sind, oder fürchten es zu werden: die sogenannten *locals.*[9]

Der ökonomische Interessengegensatz zwischen Weltmarktorientierung und Autarkie, sowie Westbindung und Ostbindung besteht auch im gegenwärtigen Deutschland weiter und findet seine Übersetzung im Kampf zwischen *woke* und *regressiv*. Seinen gegenwärtigen Ausdruck findet er nicht zufällig irgendwo zwischen der studierten Völkerrechtlerin Annalena Baerbock und dem gelernten Malermeister Tino Chrupalla, zu dem sich bald auch die neue Partei von Sara

9 Die Tradition des Antiglobalismus jener Fraktion reicht bis in die Caprivi-Ära des deutschen Kaiserreiches zurück. Der ‚Neue Kurs' unter Reichskanzler Leo von Caprivi forcierte die Ausweitung von europäischen Außenhandelsverträgen und einen Abbau bismarckscher Schutzzollpolitik. Zu dessen Profiteuren zählten ins Besondere die deutsche Exportindustrie, während die auf Schutzzölle angewiesene Fraktion auf die Barrikaden ging. Dieser Interessengegensatz zwischen Exportindustrie und Landwirtschaft (später inkl. Schwerindustrie) bestand in Deutschland bis zur großen Weltwirtschaftskrise, in deren Folge alle Kapitalfraktionen eine krisenbedingte „Abwendung von der Weltwirtschaft" einleiten mussten und somit den Grundstein für deren „Interessenkonzentration" zu Gunsten einer faschistischen Autarkie-Politik legten. Dem Nationalsozialismus fällt dadurch zwar noch längst keine ‚ökonomische Rationalität' zu, sein Aufstieg „ist von höherer Mächtigkeit als die speziellen Interessenlagen und Programmbildungen der Kapitalgruppen". Deren Interessenkonzentration im ‚Mitteleuropäischen Wirtschaftstag' schaffte allerdings die ökonomischen Bedingungen für den Ausbruch des Nationalsozialismus, d.h. eine Beseitigung der Opposition von Seiten des Kapitals für eine faschistische Autarkie-Politik. (Vgl. Alfred Sohn-Rethel: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus).

Wagenknecht gesellen wird. Nicht nur Deutschland, sondern zahlreiche weitere Länder weisen eine in diese Unterscheidung gespaltene Zivilgesellschaft und Parteienlandschaft auf. Dass sich deren Grenze hierzulande oftmals mit jener der alten und neuen Bundesländer deckt, kann über die Gründe hinwegtäuschen, wie sie derzeit zu einer ebensolchen Spaltung in allen anderen westlichen Ländern führt. Die Kritik ist darum schlecht beraten, wenn sie sich vorrangig an diesen ideologischen Grabenkämpfen beteiligt und dabei dem räsonierenden Dschungel des Feuilleton mehr Zuarbeit leistet als der notwendigen Kritik des derzeitigen Aggregatzustandes der kapitalistischen Gesellschaft.

Der rechte Traum einer in autarker und repressiver Ruhe befindlichen Ordnung steht den Interessen der weltmarktgebundenen Kapitalfraktionen entgegen. Der Verbal-Antifaschismus von Teilen der politischen Elite ist darum eine Abwehr reformfeindlicher Kräfte des national gebundenen Kapitals und seiner ideologischen Frontstellung. Er steht darin keineswegs allein, noch ist das Bestehen des deutschen Staates an ihn gebunden. Kurzum: Dieser Verbal-Antifaschismus ist nicht staatstragend, sondern trägt eine global agierende Kapitalfraktion und ihr Reservoir an Arbeitskräften. Staatstragend ist allein das profitable Fortbestehen des Kapitals und die gesellschaftliche Akzeptanz seiner Ordnung. Welche Fraktion sich durchsetzt, hängt von den kommenden Krisen und dem Erfolg staatlicher Krisenpolitik ab.

Antideutscher Antifaschismus

Die Antideutsche Strömung wurde seit Schröders Rede vom „Aufstand der Anständigen" erschüttert: Sie steckt in derselben Krise des Antifaschismus wie ihre linken Lieblingsgegner: allerdings in einer anderen Weise.[10] Von der in den 90er Jahren nicht unberechtigten Sorge vor einem Wiedererstarken des Chauvinismus, der Sorge vor einem „4. Reich", der Kontinuität des Nationalsozialismus im postfaschistischen Sozialpakt bis hin zur Kritik des Antisemitismus waren die Antideutschen an den Antifaschismus gebunden. Jedoch hob die antideutsche Kritik das Erbe des deutschen Nationalsozialismus als staatstragendes Erfolgsmodell hervor. Die historische Erfahrung der Faschismusfähigkeit ihres Staates erlaubt den Deutschen, über so manche soziale Verwerfung hinwegzusehen und das Vertrauen in den Staat auch in Krisenzeiten aufrechtzuerhalten. Diesen Zweck erfüllt die Vergegenwärtigung des Nationalsozialismus auch, wenn sie sich nicht als Zustimmung ausgibt, sondern als ewige Bewältigung. Das Problem besteht aber darin, dass sie die Kritik des Nationalsozialismus zum Zwecke der Denunziation ihrer Gegner verflacht und unter dem Vorzeichen seiner Wiederkehr in neuem Gewand entkernt.

Auch der Text der AG „No Tears for Krauts" setzt mit einer Bemerkung über die „schwarze Uniformierung" der Autonomen ein, „an denen auch Albert Speer seine Freude gehabt hätte". Die Reste der autonomen Antifa und ihre „schwarze Uniformierung" in die Nähe des Totenkopfbanners zu rücken ist ein typisch antifaschistischer Reflex der Antideutschen.

Dieser ist keine Nebensache, sondern zentrales Moment der antideutschen Kritik: Ausgehend von der Kritik der deutschen Erinnerungskultur hat schon Clemens Nachtmann konstatiert: „‘spezifisch deutsch‘ ist heute gerade die *Absenz* von Nationalchauvinismus […]".[11] Der Postnazismus muss sein barbarisches Erbe darum in einem anderen Gewand antreten, „im Gewande von

10 Vgl. Plot Point: Kritik der ‚antideutschen‘ Fraktion des Bourgeoissozialismus (plot-point.org). Der durchaus lesenswerte Artikel enthält zum Teil ähnliche Urteile wie unserer.

11 Clemens Nachtmann: Die demokratisierte Volksgemeinschaft als Karneval der Kulturen. Von der Verallgemeinerung des Postnazismus und dem Altern antideutscher Kritik.

demokratischem Antifaschismus, von ‚Lernen aus der Geschichte‘ und ‚political correctness‘“[12] Der Kampf gegen Rechts steht für Nachtmann nicht nur unter dem Verdacht, faschistische Tendenzen in sich zu tragen, sondern in ihm „zeichnen sich die Konturen dessen, was Auschwitz ermöglichte, geradezu überdeutlich ab“[13].

Die antideutsche Kritik hat den Antifaschismus nicht abgestreift, sondern ihn bis zur Unkenntlichkeit überdehnt, in dem sie ihn nur noch gegen sich selbst gewendet bestehen lässt. Dies führt dazu, dass das rechte Bedrohungspotential heruntergespielt oder sogar als Restauration der „guten alten Zeit“ begrüßt wird.

Wir schätzen die AG „No Tears for Krauts“ dafür, dass sie diesem Drang oft widerstanden und die gesellschaftliche Situation vor allem in Ostdeutschland in angemessener Weise, d.h. mit Kritik, begegnet ist. Ihre Kritik verweist allerdings nicht selten auf ihre Nebensächlichkeit und Provinzialität. Rechte wären nur im Osten ein Problem und hätten mit der allgemeinen Entwicklung der Bundesrepublik nichts zu tun.

In einer selbst davon entrückten Welt befinden sich andere Exemplare der antideutschen Prominenz, zum Beispiel Magnus Klaue. Auf der Facebook-Seite eines ehemaligen AfD-Politikers, Gunther Nickel, urteilte er zu den Motiven der Partei ‚Bündnis 90 – Die Grünen‘, dass sie die Vorreiterin einer „sich als expansive Selbstmordsekte formierenden deutschen Weltvolksgemeinschaft“ sei. Dass die antideutsche Gruppe „Thunder in Paradise“ während ihres Kongresses diesen Ex-AfDler kürzlich zusammen mit Magnus Klaue auf einem Podium sprechen ließ, ist folgerichtig.

Diese Gruppe ist sich mit dem jüngsten Abspaltungsprodukt des Bahamas-Umfeldes darin einig, dass die bürgerliche Gesellschaft während der Corona-Pandemie ihre Transformation in den „Totalitarismus“ eingeleitet habe und bemüht sich um „Faschismusvergleiche“, mit denen die staatlichen Maßnahmen im Bilde nationalsozialistischer „Todespolitik“ verständlich würden.[14]

Während man auf antideutscher Seite den Faschismus an jeder Ecke aufblitzen sieht, will man ihn bei der AfD und der neuen Rechten nicht in den Fokus rücken. Zu groß ist das Bedürfnis, zum „Staatsantifaschismus auf maximalen Abstand zu gehen“[15]. Das Erstarken der AfD in Deutschland beschädigt die antideutsche Kritik der deutschen Erinnerungskultur. Letztere wurde durch den Gegenwartsbezug in Form einer Gegnerschaft zur erstarkten Rechten in Deutschland mit politischer Qualität angereichert und setzt den Imperativ, durch den Kampf gegen die AfD praktische Wiedergutmachung zu erlangen und ein Deutschland vorzuleben, dass einen erneuten 30. Januar 1933 nicht mehr geschehen lassen will.

Unter diesen Vorzeichen verliert die antideutsche Kritik zugleich ihre Urteilskraft gegenüber der AfD. Da sie diese Partei und ihre Anhängerschaft nicht selbst zum Gegenstand der Kritik nehmen will, wurde ihr Erstarken nicht selten als Reaktion des ‚gesunden Menschenverstandes‘ auf die politischen und ökonomischen Zumutungen der *woken* Kapitalfraktion auf dem Regierungssitz gelesen. Dieses Dilemma führte bis zu einer Gegenidentifikation mit jener rechten Strömung. Die tagespolitischen Positionen des antideutschen Feuilleton gleichen sich darum seit Jahren bestimmten Positionen des neuen rechten Populismus an. Die Kunst bestand darin, die Kritik trotz dieser Annäherung nicht mit den Begründungen der AfD zusammen fallen zu lassen und sich notdürftig auf Abstand zu halten. Wie brüchig dieses Changieren wurde, lässt erahnen, wie schwer antideutsche Kritik in die Krise geraten ist.

12 Ebd.
13 Ebd.
14 Thunder in Paradise: Es gibt keine roten Linien mehr.
15 Martin Stobbe: Bahamas 83 / 2019.

Die politische Strategie der ‚Gegenidentifikation' wurde einst von Manfred Dahlmann als Konfrontation linker Weltanschauung mit sich selbst formuliert. Die Apologie des Westens und die Solidarität mit Israel wurde von ihm aber nie als Ersatzhandlung an Stelle einer kommunistischen Gesellschaftskritik gedacht, sondern als Konsequenz des kategorischen Imperativs von Adorno. Als performativer Widerspruch gegen die antiimperialistische und antizionistische Mehrheitslinke war sie nie als wirklich Identifikation gedacht. Ihr zu Grunde lag die Kritik des Antisemitismus, die für die kommunistische Kritik unumgängliche Drohkulisse eines mörderischen Rückbaus bürgerlicher Gesellschaften angesichts ihrer Krisen. Die strategische ‚Gegenidentifikation' mit den USA, Israel, der NATO, d.h. mit dem Westen und seinen bürgerlichen Freiheitsrechten sollte dazu beitragen, das Schlimmste zu verhindern, nicht aber, die kommunistische Kritik der kapitalistischen Gesellschaft im Liberalismus untergehen zu lassen. Als solche hat sich die Kritik des Postnazimus bei den Antideutschen teilweise in eine unkritische Gegenidentifikation mit der libertären Weltanschauung gewendet. Wie anders könnte man erklären, weshalb das „lustfeindliche" Verbot von Plastiklöffeln neuerdings ein größeres Übel zu sein scheint[16] als etwa christliche Abtreibungsgegner, mit denen man sich darin einig ist, dass Abtreibungen, d.h. die „Degradierung der Kinder zu Wegwerfartikeln", eine „Bedrohung der Zivilisation" darstellen[17]. Alle progressiven Strömungen der Gesellschaft stehen den Antideutschen unter Faschismusverdacht – gegenläufige Tendenzen seien harmlos und würden entweder nur die gute und schöne alte Zeit bewahren wollen oder dienen der ‚Staatsantifa' zur Selbstbestätigung als ‚nützliche Idioten'. Die rechten Zivilgesellschaften des Westens werden darum nicht unter dem Vorzeichen gesellschaftlicher Krisen gelesen, sondern halten lediglich als Projektionsfläche her.

Nicht einmal die Abspaltung der Corona-Truther hat zu einer Auseinandersetzung darüber geführt, worin die Ursachen zu solchen Verirrungen lagen. Die Kritik des Opferneids der Corona-Truther geht nicht weit genug. Die Krise der Antideutschen ist bei den Corona-Truthern nicht entbrannt, sondern zu sich gekommen. Sie erleben angesichts des Ausnahmezustands den (Corona-) „Faschismus" innerlich als reale Gegenwart und lassen den antideutschen Antifaschismus praktisch werden: im nachholenden Widerstand. Das Aufschmelzen der zwar flüssigen, aber immerhin bestehenden Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart hat bei jenen einen Übergang von der Kritik des Postnazismus in einen Wiederholungszwang bewirkt, wie er den Akteuren des ‚Staatsantifaschismus' vorgeworfen wird.

Das Ausbleiben einer Kritik der politischen Ökonomie wurde in der Bahamas zwar mehrfach bemängelt, führte aber nicht zu Konsequenzen. Die Kritik sollte nicht wieder abstrakt werden – konkret wurde sie aber auch nicht, dafür streckenweise absurd. Nicht zuletzt darum hat die Lektüre der Bahamas in den letzten Jahren an Gehalt eingebüßt. Das Abwatschen linksliberaler und klimaaktivistischer Randphänomene ist öde, wiederholt sich immerwährend und verfängt sich zur Dauerbeschäftigung, die ihren Gegenstand, die kapitalistische Gesellschaft, verliert. Nach dem Ausscheiden der Corona-Truther wäre es an der Zeit, den eigenen Stand der Kritik zu überprüfen und nicht zum Tagesgeschäft überzugehen, als wäre nichts geschehen.

---

16 Magnus Klaue: Ich will meinen Plastiklöffel wiederhaben! (Welt-online).
17 Martin Stobbe: Für die Freiheit und das Leben (Bahamas 90 / 2022).

„Von Böhmermann bis zur Heute Show"

Antideutsche Kritik ist gegenwärtig ohne Faschismus-Vergleiche undenkbar. Im Gegensatz zum linken Antifaschismus bringt sein antideutsches Pendant den Faschismusvorwurf aber immer dann zum Einsatz, wenn es sich nicht um die klassische Rechte geht. Dass die AG „no Tears for Krauts" diesen Umstand in ihrem Text über den linken Antifaschismus ausblendet, obgleich sie ihn selbst zur Schau stellt, veranschaulicht ihre Befangenheit. Besonders deutlich wird dieser Missstand an einer post-faktischen Akrobatikübung, an der das Dilemma antideutscher Kritik wie im Brennglas aufscheint. So heißt es in jenem Text:

> *„Es gibt im Unterschied zu den Neunzigerjahren keine größere etablierte Partei und keine namhaften Politiker mehr, die sich nicht positiv auf den Antifaschismus beziehen, sich lautstark „gegen Rechts" bekennen und die Bekämpfung von Neonazis für wichtig erachten. Auf allen Kanälen, von Jan Böhmermann bis zur Heute Show, wird erklärt, wie schlimm Neonazis und die AfD seien. In Sachsen-Anhalt wurde der Antifaschismus 2020 sogar ganz offiziell in die Verfassung aufgenommen und zum Staatsziel erklärt."*

Die öffentlichen Meinung in Deutschland irgendwo zwischen Böhmermann und der Heute Show zu verorten ist unredlich. Diese Sendungen bilden nur eine Seite der öffentlichen Meinung ab. Wie die Antifa sich den ‚rechten Konsens' herbeiredet, so sich die Genossen aus Halle den ‚linken Konsens'. Beide Seiten übergehen die reale Spaltung der deutschen Zivilgesellschaft. Wie der linke Antifaschismus aus Identitätsgründen den sogenannten „staatstragenden Antifaschismus" bestreitet, so ihr antideutscher Widerpart diejenigen Tendenzen, die ihm entgegenstehen. Wenn es „keine größere etablierte Partei" in Deutschland gibt, die nicht gegen Rechts agitiert, warum führt dann die AfD in zahlreichen ostdeutschen Bundesländern die Umfragen an und steht bundesweit knapp hinter der CDU auf Platz zwei? Wie kann ernsthaft behauptet werden, dass die AfD keine größere Partei sei?

Die neurechte Zeitschrift „Sezession" kommentierte den Text wohlwollend: „Nun: Das alles vertreten mindestens die Zeitschrift *Sezession* und das Bürgernetzwerk Ein Prozent in ihren Texten zu diesem Thema seit Jahren"[18]. Noch einen Schritt geht das antideutsche Kasperletheater „A Distanza": Das derzeitige Umfragehoch der AfD wird dort als gerechtfertigte Reaktion auf Habecks Heizungsgesetz und die „Staats-Antifa" ausgegeben. Besoffen vom Glauben ans eigene Bescheidwissen freut man sich in geistloser Geschwätzigkeit darüber, dass die rechten ‚Protestwähler' dem eigenen Lieblingsgegner auf dem Wahlzettel eins auswischen und gibt damit nicht antideutsche Ideologie- und Gesellschaftskritik, sondern Ressentiment zum Besten.

Die rechte Zivilgesellschaft und ihre Parteiorganisation als normale politische Reaktion auf die ‚unnormale' Flüchtlings-, Corona- oder Plastiklöffelpolitik der jeweiligen Bundesregierung darzustellen, entbindet von der Erklärung ihrer eigenen gesellschaftlich-historischen Dynamik. Solche Kurzschlüsse genügen für eine Anstellung in der Springer-Presse oder bei der Achse des Guten, aber den Ansprüchen der Kritik in keiner Weise.

---

18 Sezession: Sammelstelle (64): Staatsantifa.

Die Partei der Desintegrierten

Der Aufstieg der AfD und das Scheitern der Volksparteien resultiert aus einer politischen und ökonomischen Desintegration. Als Zwischenglied zwischen Bevölkerung und Regierung übten die Parteien die Funktion aus, die gesellschaftlichen Klassen-, Ideologie- Konfessionsgegensätze gegenüber der Regierung zu repräsentieren und einzuhegen. Diese Funktion ist den politischen Parteien aber nur eigen, wenn die Integration ihrer Massenbasis gewünscht ist. Ist dies nicht der Fall, können sich die Parteien in Massenorganisationen verwandeln, deren vordergründiger Zweck nicht in erster Linie die konstruktive Opposition ist.[19] Politische Parteien dieser Art gewährleisten eine moralische und geistige Erziehung ihrer Wählerschaft, die sie dadurch an sich und nicht an das politische System binden.[20] Die Ära dieser „Massenintegrationsparteien" war mit Gründung der neuen Bundesrepublik abgeschlossen. Weil nach dem Zweiten Weltkrieg die Klassen- und Konfessionsgegensätze in Deutschland weniger stark in Erscheinung traten, bildete sich ein neuer Parteientypus heraus, den Kirchheimer die „Allerweltspartei" (Englisch: „catch all partie") nannte.[21] Parteien dieser Art wollen ihre Wählerschaft nicht an sich binden, sondern legen ihr Augenmerk auf die größtmöglichen Wählerschaft, auf die Gemeinwohlorientierung und rasche Wahlerfolge. Zu Gunsten weiter Ausstrahlung opfern sie ihre weltanschauliche Durchdringung und entbinden sich von ihrer Konfessions- und Klassenbasis. In der Folge wird die Wählerschaft solcher Parteien illoyal, selbst ihre ‚Stammwähler' sind nicht in dem Maße an die Partei gebunden, wie es in den Massenintegrationsparteien der Fall war. Die ‚Volksparteien' sind getrieben von den „wechselnden Stimmungen" und der „Apathie ihrer Wähler"[22]. Deshalb glich sich die Ausrichtung der Parteien jenes Typs an, wodurch ein Mangel an Wettbewerb entstand. Als politische Konsumware konnte der Erfolg solcher Allerweltsparteien nur unter relativer Stabilität und Prosperität eintreten.

Seit der Wiedervereinigung, spätestens seit der Krise von 2008f. kann in Deutschland von wirtschaftlicher Stabilität und Prosperität keine Rede mehr sein. Ökonomische und weltanschauliche Interessengegensätze treten seit dem wieder verstärkt hervor und mit ihrer Politisierung der Bedarf nach politischer Repräsentation. Unter diesem Druck wird der alte Parteientypus zerrissen. Nachdem die Sozialdemokratie bereits in die Krise geraten war, könnte nun auch die Union das selbe Schicksal ereilen. Unter Merkel versuchte sie den Zusammenbruch ihres spezifischen Erfolgsprinzips abzuwenden, indem sie es auf die Spitze trieb. Das Bundespresseamt wurde zu einem Seismographen der Wählerstimmung ausgebaut. Mehrmals wöchentlich wurden Meinungsforschungsinstitute mit Befragungen beauftragt, um die politischer Entscheidungen und Reden der Kanzlerin den wechselnden Stimmungen anzupassen.[23] Der Opportunismus dieser „catch all parties" wurde zum Tagesgeschäft einer ‚Demoskratie', deren langfristiger Erfolg an die Erwartung geknüpft war, dass eine politische Repräsentation besonderer gesellschaftlicher Fraktionen überflüssig sei. Die demographische Berechnung und öffentliche Verkündung vermeintlichen Gemeinwohls wird zur politischen Sprengfalle, wenn die Interessengegensätze sich nicht mehr unter dem Banner des allgemeinen Willens zusammenfassen lassen. Der Charakter klassischer Volksparteien und ihre Bezugnahme auf das vermeintliche Interesse breiter Bevölkerungsmehrheiten erscheint dann zunehmend als Verzerrung. Parteipolitische Strategien

19 Vgl. Otto Kirchheimer: Opposition aus Prinzip.
20 Vgl. Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems.
21 Ebd.
22 Ebd.
23 Vgl. Der Spiegel 37/2014: Regieren nach Zahlen.

offenbaren hierbei ihre Ohnmacht gegenüber gesellschaftlichen Fliehkräften, deren Überwindung auch schon in früheren Zeiten nicht ihre eigene Leistung, sondern das „Abfallprodukt der verbesserten Lebenshaltung und damit zusammenhängenden abklingenden sozialen Gegensätzen" waren.[24]

Die gegenwärtigen politischen Verschiebungen sind durch die Parteien der alten Bundesrepublik darum weder genuin verursacht, noch können sie durch diese eingefangen werden. Sie sind Folge der durch das Kapital erzeugten permanenten Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und den mit ihnen eintretenden Verwerfungen. Mit Marx gesprochen:

> „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. […] Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können".[25]

Gegenwärtig hat die Entgrenzung des Großkapitals, dessen Akkumulation weltweit Ressourcen aufgreift und dessen Waren absetzt, Produktionsstätten je nach Kostenkalkül auslagert und damit einen zunehmend internationalisierten Arbeitsmarkt erzeugt, die Nationalstaaten zum bloßen Wirtschaftsstandort degradiert und damit vor völlig veränderte Aufgaben gestellt. Der Sozialstaat wurde unter Schröder umgebaut, die Drangsalierung von Arbeitslosen verschärft und ein großer Niedriglohnsektor geschaffen. Neoliberale Sparpolitik, unter der selbst die Funktionen zentraler staatlicher Organe litten, paarte sich mit einem Anstieg der Anzahl der Angestellten im Staatsdienst. Dem Gegenüber schritt die digitale Revolution beschleunigt voran und wälzt sämtliche Lebensbereiche um.[26]

---

24 Otto Kirchheimer: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems.

25 Karl Marx: Manifest der kommunistischen Partei.

26 Ihre Einflüsse reichen bis in die bürgerliche Kleinfamilie und die Krise der Subjektivität: Spätestens seit den 80er-Jahren kann sie den herrschenden Anforderungen, die das Kapitalverhältnis evoziert, nicht mehr gerecht werden. Zunehmend prägen Flexibilität, lebenslanges Lernen und die Unverortbarkeit, sei es räumlich, sexuell oder in den zwischenmenschlichen Relationen den Lebensalltag. Die Entstehung der neuen Lage war daran geknüpft, dass die digitale Revolution sich wie ein Lauffeuer verbreitete. Rasantere Formen der Kommunikation, der Interaktion, des Warentransfers, der Geld- und Kapitalzirkulation und der Konsumtion entstanden. Die technische Anwendung in entfremdeter Form führt heutzutage einerseits zu einer permanenten, narzisstischen Kränkung, da die phantasmatische Perfektion der Technik dem Menschen seine organische Minderwertigkeit vor Augen führt und andererseits ist er durch den zwanglosen Zwang der Verhältnisse an den Apparat gekettet. Folglich kommt es zur zunehmenden Verwaltung auch des Privatlebens, z.B. bei der Kindererziehung. Mit der fortschreitenden Industrialisierung, dem zunehmenden Kampf um Gleichberechtigung und der kriegsbedingten Einbindung der Frauen in den Produktionsprozess vollzog sich ein Wandel, der einerseits für die Frauen den Ausbruch aus der patriarchalen Knechtung bedeutete, andererseits aber die Kälte der bürgerlichen Gesellschaft in die Familie hineinbrachte. Die Frau wurde, wie auch der Mann, geschliffen für die Kapitalproduktion, die einen Großteil ihrer Triebenergie band. Kinder wurden damit zeitweise aus der Familie outgesourct und ausgebildetes Personal übernahm die Erziehung, der Kontakt mit den Eltern reduzierte sich immer weiter. Gegenwärtig ersetzt diesen Kontaktmangel die vorherrschende kulturindustrielle „Ikonomanie" (Anders): durch Fernsehgeräte, Konsolen oder Smartphones. Im Anblick der imaginären Bildfluten, die das Fernsehgerät vermittelt, reagieren die Kinder mit einer oral-narzisstischen Regression, die permanent passiv-abhängig nach neuen Bildern dürsten. Durch das Smartphone wird eine am Bild orientierte Selbstnormierung eingeübt und ein Größenselbst produziert, das beständig nach Bestätigung giert und sie auch bekommt. Das Realitätsprinzip, mit dem immer auch Triebversagung und

Das deutsche Kapital ist auf den Weltmarkt angewiesen und zugleich durch ihn gefährdet. Der deutsche Staat ist angehalten, die politischen Rahmenbedingungen sowohl nach innen als auch nach außen so zu gestalten, dass die Kapitalakkumulation auf deutschem Boden weiterhin stattfinden kann. Dieser Funktionswandel des Nationalstaates steht seiner Mission für das Gemeinwohl zunehmend entgegen. Der Abbau des Sozialstaates, der Kapitalabzug aus ganzen Landstrichen und die marode Infrastruktur im Zuge der neoliberalen Sparpolitik ergänzen den Eindruck seiner Dysfunktionalität.

Während der griechischen Staatsschuldenkrise schienen die deutschen Interessen mit denen der Europäischen Union und der Euro-Währung im Widerspruch zu stehen, obwohl das objektiv nicht der Fall war.[27] Besonders in Ostdeutschland brachte man diesen Eindruck nicht selten mit den oftmals traumatischen Erfahrungen der Wende zusammen und ist dort eher geneigt, den Weg der Fundamentalopposition einzuschlagen. Rechte Demagogen trafen auf wachsende Zustimmung. Ihr Narrativ zur Erklärung dieses Wandels ist der ‚Volksverrat' der politischen Elite, deren Handeln bewusst gegen die Mehrheitsinteressen des deutschen Volkes gerichtet sei und für die es einen Fürsprecher brauche: die AfD. Ähnlich wurde mit den Regierungsentscheidungen während der Flüchtlingskrise (s. oben) und späteren politischen und ökonomischen Krisen verfahren.

Die „ewige Unsicherheit" die Krise der Subjektivität, der kontinuierliche Anpassungsdruck, die Abstiegsängste der Mittelschicht und die politischen und kulturellen Veränderungen, sowie deren beschleunigte Sichtbarkeit durch die sozialen Medien erzeugen das Milieu der AfD und ihrer Wählerschaft. Sie repräsentiert keine besonderen Interessen sondern das Gefühl der Desintegration, das sie zugleich umdreht: Nicht sie selbst und ihre Wähler, sondern die politische Elite sei desintegriert. Ihr Hauptfeind sind darum die Positionen der ‚woken' Fraktion, der Grünen und Linksliberalen.

Hinter dem Kulturkampf gegen die ‚Progressiven' stehen materielle Forderungen, die der weltmarktgebundenen Kapitalfraktion und damit der zukünftigen internationalen Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen schaden würden. Die AfD bietet eine Krisenlösung, welche die Krise verschärft und damit die Rigorosität ihrer Lösung weiter antreibt. Das Modell dieser Strategie veranschaulichte die Partei mehrfach an sich selbst: Mit dem innerparteilichen Durchmarsch des ‚Flügel', dessen neu-rechte Strategen bislang jede innerparteiliche Opposition aus dem Weg geräumt haben, die ihrem Programm der rhetorischen und programmatischen Eskalation im Weg standen.

Die AfD ist darum Ausdruck und Repräsentant der zunehmenden Desintegration des Staatsbürgers, der sich angesichts der Auflösung gesellschaftlicher Institutionen und Sitten nach dem Unveränderlichen, einem allmächtigen Staat und festen Geschlechterrollen sehnt. Zugleich ist sie Verwalter und Produzent dieser staatlichen Desintegration, die sie mittels Fake-News und Propaganda auf Social Media verbreitet und hierdurch eine wachsende Zahl von Anhängern herausbildet. Auch ihre außenpolitischen Forderungen sind eine Konterrevolution gegen das progressive Kapital: Sie greifen die Westbindung Deutschlands an und fordern eine Annäherung mit den (halb-) asiatischen Despotien in Russland und China. Materialistische Kritik hat die AfD zum

Triebaufschub einhergeht, wird zugunsten der selbstbezüglich konsumierten virtuellen Realität zunehmend aufgegeben. Dieser Krise der Subjektivität sind ‚globals' und ‚locals' gleichermaßen ausgesetzt und erschweren bei beiden den Bezug auf das materielle Eigeninteresse.

27 Es sei hier daran erinnert, dass der deutsche Staat durch die Griechenlandhilfen mehrere Milliarden Euro an Gewinn einstreichen konnte – die hoch verzinsten Leihgaben waren entgegen der populären Erzählung für den deutschen Staat ein finanzieller und politischer Erfolg auf ganzer Linie.

Feind. Angesichts der Revolutionierung der Gesellschaften durch das Kapital muss sie der steigenden Gefahr der politischen Restauration einer anachronistischen und krisenhaften Staatsomnipotenz im In- wie Ausland entgegenwirken. Derzeit heißt dies, alle Maßnahmen und militärische Lieferungen zu unterstützen, die den anhaltenden russischen Großangriff auf die Ukraine abzuwehren helfen. Zum anderen hat sie der ‚woken' Dekonstruktion entgegenzuhalten, dass ihre postulierte Vielfalt, so richtig sie im Einzelfall auch sein mag, unter den Bedingungen von Herrschaft und Ausbeutung keine wirkliche Vielfalt ist.

Der heute drohende Rückfall in die Barbarei ist kein „faschistischer", wie vor dem Hintergrund der Konzentration, Zentralisierung und Verstaatlichung auf Basis der zweiten industriellen Revolution, sondern einer auf der von Entstaatlichung, Individualisierung und Fragmentierung geprägten dritten industriellen Revolution.

In dieser Lage sollte materialistische Kritik zwischen „Lokalisten‟ und „Globalisten‟ ein *tertium datur* formulieren. Den lokalistischen Vorstellungen ist wahre Einheit als Vielfalt ohne Zwang und Heimat ohne Grenzstein entgegenzusetzen. Dabei ist zu zeigen, dass die Visionen der „Lokalisten" objektiv auf die Zerstörung dessen hinauslaufen, was sie festzuhalten gedenken. Andererseits ist den „Globalisten" die Vorstellung wahrer Pluralität entgegenzusetzen und zu zeigen, dass die kapitalistische Herrschaft auch ohne Diskriminierung noch immer auf gewaltsam hergestellte Einheit hinausläuft.

Antideutsche Kommunisten Leipzig, Oktober 2023